



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84881 - 83
Fernschreiber 0886690

P/XIII/140 - 26. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 | Kettenreaktion der Botschaftsdemonstrationen Das Gift der Unvernunft darf sich nicht weiter ausbreiten | 42 |
| 2 | Horstaß weigert sich Er will nicht vor den Parlamentariern der WEU sprechen | 37 |
| 3 - 4 | Bewegung im französischen Parteien-System Auf der Suche nach neuen Gruppierungen | 75 |
| 5 | Antreiberei aus "Ehre" Sonderleistungen für Gen. SED-Parteitar | 31 |
| 6 | Im Banne der Verstädterung Ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in Großstädten | 49 |
| 7 | Keidancow appelliert an die Menschlichkeit Ein Beispiel verständnisloser Bürokratie | 43 |

* * * * *
* * * * *

Kettenreaktion der Botschaftsdemonstrationen

sp - Die Demonstrationen vor Botschaften reissen nicht ab. In Kopenhagen hat es begonnen, in Rolandseck fand es seine Fortsetzung, und jetzt wird in Moskau demonstriert. Selbstverständlich behauptet man, alle diese Demonstrationen vor Botschaften seien "spontan". Das ist natürlich Unsinn. Wenn eine Gruppe von Menschen mit Omnibussen in die Nähe einer Botschaft gebracht wird, dort aussteigt, sich formiert, Schreihufe ausstösst und schliesslich mit Steinen und Tintenfassern zu werfen beginnt, dann ist das nicht spontan. Genau so wenig, wie anderwärts kompakte Jugendgruppen, deren einzelne Mitglieder in verschiedenen, weit auseinanderliegenden Stadtteilen wohnen oder geschlossen aus einem Betrieb anmarschieren, Fanatiker der Spontaneität sind. Erst recht nicht dann, wenn sie sich vor dem Aufmarsch bei der jeweiligen Botschaft Tintenfassern kaufen oder von den Organisatoren der Demonstrationen diese oder ähnliche Wurfgeschosse in die Hand gedrückt bekommen.

Von spontan kann auch nicht mehr die Rede sein, wenn die Polizei eine Botschaft eine Stunde vor Beginn der Demonstration anruft und höflich mitteilt, in Kürze sei ein Aufmarsch zu erwarten. Dem Vernehmen nach ist das in Moskau genau so geschehen wie in Rolandseck. Wenn die Polizei schon weiss, dass ein Demonstrationzug kommt und Zeit hat, sich darauf vorzubereiten, dann kann sie die Demonstranten auch daran hindern, mehr zu tun, als zu schreiben. Sie braucht die Demonstranten nur an der betreffenden Botschaft vorbeizuleiten. Wie man das macht, lernt jeder Polizeibeamte im ersten Aussenkursus.

Jetzt werden heftige Beschuldigungen und Verwünschungen von hüben und drüben ausgestossen. Das Ganze ist so sinnlos und abgeschmackt, hat so wenig mit Politik zu tun, dass bei aller begreiflichen und gerechtfertigten Erregung über den Anlass derartiger Demonstrationen nur noch der Ruf nach der Vernunft erschallen darf.

Wie schnell die Unvernunft in die Domäne der Politik gerät, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer selbst bewiesen. Unter dem Eindruck des Budapest-Urteils und der Empörungswelle im Westen forderte er in einer Versammlung in Nordrhein-Westfalen die zurzeit die Sowjetunion bereisenden westdeutschen Industriellen auf, in die Heimat zurückzukehren. Die Industriellen haben darauf überhaupt nicht reagiert, und schliesslich musste am Mittwoch ein Regierungssprecher in Bonn erklären, der Bundeskanzler habe die Aufforderung an die Industriellen nicht in seiner Eigenschaft als Kanzler, sondern als Vorsitzender der CDU gerichtet. Diese "feine" Unterscheidung geht schon an die Grenze der Lächerlichkeit.

In einer mit Spannung geladenen Welt, in einer Situation, in der niemand weiss, ob im Libanon nicht ein zweites Suez entsteht, in einem Augenblick, da die Expertenkonferenz der Atomwissenschaftler über die Möglichkeit der Kontrolle von Atomwaffenversuchen in Genf zu scheitern droht, sind diese Art von Demonstrationen geradezu Gift für die ganze Welt. Wir wagen nicht daran zu denken, dass irgendjemand ein Interesse daran haben könnte, dieses Gift sich weiter ausbreiten zu lassen.

Norstad weigert sich

ap - Wie aus Paris verlautet, herrscht in den Kreisen der WEU lebhaftere Unzufriedenheit. Ursache der Verstimmung ist das Verhalten des Generals Norstad, des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte.

Innerhalb der NATO bildet das Militärbündnis der WEU einen der wichtigsten Bestandteile des westlichen Verteidigungssystems. Zum Unterschied von der NATO hat die WEU ein in den Verträgen vorgesehenes und auch arbeitendes Parlament. Dieses tritt in der Zeit vom 2. bis 5. Juli in Paris zu seiner diesjährigen Sommertagung zusammen. Der Präsident dieser Versammlung von Parlamentariern der sieben Mitgliedsstaaten, der Engländer Sir James Hutchison, hatte die Absicht, die bevorstehende Tagung durch einen Vortrag des Generals Norstad interessanter zu gestalten. Norstad aber hat sich geweigert, der Einladung Folge zu leisten.

Niemand hat wohl erwartet, dass der NATO-Oberbefehlshaber vor einer Versammlung mit rund hundert Teilnehmern, bei der auch die Presse Zutritt hat, militärische Geheimnisse ausplaudern wird. Es handelte sich wohl mehr um den Versuch zu beweisen, dass die Parlamentarier der WEU das Recht besitzen, Informationen aus erster Hand zu erhalten. Schliesslich ist ihr nach den Verträgen ja sogar das Recht der Rüstungskontrolle zugebilligt. Da sollte es doch, so glaubte wohl der Präsident der WEU-Versammlung, gestattet sein, vom militärischen Chef der NATO, dem zugleich die Streitkräfte der WEU-Staaten unterstehen, nicht vertrauliche Auskünfte zu verlangen. Aber General Norstad hat sich geweigert, vor der WEU zu erscheinen.

Interessant ist die Begründung, die - den Vernehmen nach - der hohe Offizier gegeben hat. Die Parlamentarier mögen, so soll er gesagt haben, zu ihm kommen, wenn sie von ihm etwas erfahren wollen. Als er von der Verzögerung hörte, die seine Weigerung, vor der WEU aufzutreten, hervorgerufen hatte, berief er sich auf eine Weisung aus Washington. Als amerikanischer Offizier sei es ihm verboten, vor irgend einem europäischen Gremium zu sprechen. Ob es ein solches Verbot gibt, lässt sich nicht kontrollieren. Aber wer weiss, wie häufig der amerikanische Senat und das Repräsentantenhaus Generäle und Minister vor die Ausschüsse zitieren und zur Aussage zwingen, wird die Begründung für die Weigerung des Herrn Norstad als eine faule Ausrede werten.

Es ist damit zu rechnen, dass diese Angelegenheit bei der Tagung der WEU zur Sprache gebracht werden wird. + + + - 3 -

Bewegung im französischen Parteien-System

-E-, Paris

Das Ende der Vierten Republik, das Versagen des französischen Parlamentarismus und der Parteien, sowie das Drängen totalitärer Faktoren zum Parteien-Verbot brachte Bewegung in die demokratischen Parteien, die ihre Existenzberechtigung angezweifelt und sich vor die Frage gestellt sehen, wie und in welcher Form sie sich in einen neuen verfassungsmässigen Rahmen eingliedern sollen, auf dessen Gestaltung sie nur relativ geringen direkten Einfluss nehmen können. Einstweilen macht sich in ihren Kreisen mehr Unsicherheit als schöpferischer Gestaltungswille bemerkbar.

Keiner der grossen politischen Faktoren ist von der Umwälzung unberührt geblieben, die sich im Mai und Juni in Frankreich vollzogen hat. Am stärksten berührt, weil sie mit der jüngsten Vergangenheit am festesten verbunden ist und in der Nachkriegszeit die grösste Verantwortung zu tragen hatte, ist die sozialistische Partei, deren Einheit durch die neuen Vorgänge im höchsten Mass gefährdet ist. Der mit geringer Stimmenmehrheit gefasste Beschluss zur Unterstützung General de Gaulles, die lediglich von einer Minderheit der sozialistischen Fraktion gewährte Zustimmung zu den von de Gaulle geforderten ausserordentlichen Vollmachten und der Eintritt mehrerer Sozialisten und insbesondere Guy Mollets in die Regierung de Gaulle hat einen Spannungszustand in der Partei geschaffen, der eine Klärung notwendig macht. Die Parteiminderheit will unter keinen Umständen zulassen, dass die Partei durch Unterstützung der von General de Gaulle als Chef der Regierung angestrebten Reformen in eine Situation hineinmanövriert wird, aus der es für sie keinen Ausweg geben würde.

Welchen künftigen Weg die Partei wählen wird, lässt sich mit Gewissheit kaum voraussagen. Der für Juli angesetzte Parteitag wurde vertagt und soll nun erst im September vor Durchführung des Volksentscheides über die neue Verfassung stattfinden. Dagegen soll Ende dieser Woche eine Informationstagung der Partei abgehalten werden, von der man eine erste Klärung erwartet.

In anderen republikanischen Linkskreisen denkt man an die Schaffung einer französischen Labourparty, der nicht allein weite Kreise der demokratischen und antikommunistischen Arbeiterschaft, sondern weite bürgerlich-demokratische und sich christlich nennende Elemente um Mendès-France und Mitterrand angehören sollen, um ein starkes Gegengewicht gegen die konservative, gaullistische und extreme Rechte zu bilden, die ihrerseits,

soweit sie nicht für das Verbot der Parteien eintreten und eine Art politischer Einheitsorganisation nach altbewährtem Vorbild schaffen will, einen mehr oder weniger nach links abgegrenzten Block traditionalistischer Art bilden will, mit dem Ziele der Verwirklichung eines Zwei- oder Dreiparteiensystems, wie es in anderen Ländern demokratischer Regierungsformen besteht und stabile Regierungen ermöglicht.

Dem ehemaligen Ministerpräsidenten Georges Bidault schwebt die Gründung einer grossen christlich-demokratischen Partei nach dem Vorbild Italiens und Belgiens vor - offenbar deshalb, weil ihm die eigene christlich-soziale MRP, deren Mitbegründer, langjähriger Führer und Ehrenpräsident er war bzw. noch ist, nicht mehr geeignet für die künftigen Aufgaben erscheint. Es hiesse Bidault Unrecht antun, wollte man ihm reaktionäre und anti-soziale Absichten unterstellen. Aber es muss doch angezweifelt werden, ob es Bidault gelingen wird, eine neue christlich-demokratische Partei zu schaffen, in der seine eigene Partei auf ihr Gesicht verzichten und die Elemente Einfluss gewinnen müssten, die sich im Kampf um die Erhaltung Algeriens im französischen Staat um ihn geschart haben.

Bemerkenswert in dem jetzigen parteipolitischen Erneuerungsprozess ist der Umstand, dass kaum nirgends so stark gegen ein eventuelles Verbot der politischen Parteien Stellung genommen wird, wie in den Reihen der konservativen Rechten, die plötzlich die absolute Notwendigkeit zur Erhaltung der Parteien entdeckt haben, weil sie befürchten, dass die Fortdauer der Kampagne für das Parteienverbot, wie sie gegenwärtig von den machtbesessenen Männern der sogenannten Wohlfahrtsausschüsse geführt wird, eine Beeinträchtigung ihrer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Machtpositionen bringen könnte. Sie haben bereits in den letzten Wochen feststellen können, dass die Position ihres parlamentarischen Führers Antoine Pinay, der sich zweifellos in weiten kleinbürgerlichen Kreisen grossen Vertrauens erfreute und jetzt als Finanz- und Wirtschaftsminister der Regierung angehört, keineswegs die stärkste ist und Pinay kaum zu den einflussreichsten und geschätztesten Mitarbeitern de Gaulles gehört, der ihm den Vorwurf zu machen scheint, sehr engstirnige und wenig zeitgemässe Ideen zu vertreten.

Dass die Gaullisten aus der Verwirrung der Gegenwart zu gewinnen trachten und die Hoffnung hegen, in der grossen parteipolitischen Erneuerungsbewegung zum führenden Faktor zu werden, ist kaum verwunderlich, ebenso wenig der Umstand, dass alle rechtsextremistischen Gruppen, Verbände, Organisationen faschistischer und ständischer Art vom Neo-Gaullismus profitieren und ihren Einfluss verstärken wollen - unter dem Vorwand, Vortrupp der Erneuerung der französischen Demokratie zu sein.

Antreiberei aus "Ehre"

K.J. In der Zone läuft die Antreiberei wieder einmal auf höchsten Touren. Mitte Juli veranstaltet die SED ihren fünften Parteitag, und aus diesem Anlass rollen seit Monaten in allen Betrieben die Sonder-schichten, die Wettbewerbe, die "freiwilligen Selbstverpflichtungen". Die Zeitungen sind vollgepackt mit Lobeshymnen auf die Aktiven, mit massiven Anwürfen gegen die Laschen und Lauen, die ihre Übernorm nicht erfüllen. Allmählich zeichnet sich nämlich ab, was der SED-Parteitag an Sonderleistungen der Werktätigen zu erwarten hat.

Schlecht bestellt ist es vor allem mit dem Wohnungsbausoßl "zu Ehren des Parteitages": fast überall hinkt die Wirklichkeit hinter dem Plan her. In Ostberlin beispielsweise werden rund 400 Wohnungen nicht zum SED-Ehrentag fertig - das weiss man schon jetzt. "Rüttelt es nicht an der Ehre jedes Bauschaffenden, wenn durch sie die Erwartungen der Bevölkerung enttäuscht werden und die in Westberlin sitzenden Feinde unserer Arbeiter- und Bauernmacht sich das zunutze machen, ihre Dreckkübel über unsere Planwirtschaft auszukippen?" So tönte grimmig im SED-Zentralorgan der ostberliner Parteisekretär Schmidt.

Um an der "Ehre der Arbeiter zu rütteln", schickt man nun in Ostberlin wie anderswo Funktionäre aus, die den müden Nichterfüllern auf die Sprünge helfen sollen. Sie sollen durch "geduldige Überzeugungsarbeit" retten, was zu retten ist, sie erscheinen zu den Frühstückspausen der Arbeiter auf den Baustellen und in den Betrieben - die Parteitags-Agitation geht bis ans Bett der Krankgeschriebenen. Wo die "Überzeugungsarbeit" nicht hilft, verordnen die örtlichen SED-Zeitungen Parteiausschlüsse, was in vielen Fällen gleichbedeutend mit einer beruflichen Schädigung für den Betroffenen ist.

Soviel ist jedenfalls sicher: Wenn Ulbricht im Juli seine Parteitagsdelegierten um sich versammelt, wird es Tausende von SED-Mitgliedern in der Zone geben, denen er die Partei mit der jüngsten Ehrenantreiberei hoffnungslos vergrault hat - von der parteilich ungebundenen Bevölkerung gar nicht zu reden.

+ + +

Im Banne der Verstädterung

Nach Schätzungen der Sozialabteilung der Vereinten Nationen wird im Jahre 2000 etwa ein Viertel der gesamten Weltbevölkerung in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern leben. Dieser Trend zur Verstädterung ist in erster Linie die unmittelbare Folge der mit steigender Wirtschaftstätigkeit zunehmenden Nachfrager nach industriellen Arbeitskräften und ihrer Massierung in städtischen Wohnzentren. Zugleich ist er aber auch auf den Umstand zurückzuführen, daß die Lebensformen der Stadt auf die Menschen in ländlichen Siedlungen und kleineren Ortschaften eine immer größer werdende Anziehungskraft ausüben.

Das Anwachsen der Verstädterung ist in nahezu allen Erdteilen feststellbar und nicht nur auf Europa und Amerika beschränkt, wo sie bislang als typisches Merkmal der Technisierung und Zivilisierung gedeutet wurde. Die Abwanderung zur Stadt tritt erstaunlicherweise in Südamerika am stärksten in Erscheinung. So leben heute bereits 25 v.H. aller Chilenen in Santiago, 27 v.H. aller Argentinier in Buenos Aires und 40 v.H. aller Uruguayer in Montevideo. Afrika und Asien sind die nächsten Kontinente, in denen eine umfassende Binnenwanderung der Bevölkerung zu erwarten ist. Kairo, das 1925 noch eine Bevölkerung von knapp einer Million zählte, nähert sich heute der 2,5-Millionen-Grenze. Tokio erhöhte seine Einwohnerziffer zwischen 1939 und 1956 von 5,8 auf 6,7 Millionen Einwohner.

In Europa und in den Vereinigten Staaten ist die stürmische Wanderbewegung des letzten Jahrhunderts in ein ruhigeres Stadium zurückgeglitten. In den 425 Landkreisen der Bundesrepublik leben gegenwärtig noch rd. 31,6 Millionen Einwohner, entsprechend etwa 64 v.H. der Gesamtbevölkerung. Im Bundesdurchschnitt umfaßt ein Landkreis 68 kreisangehörige Gemeinden, in denen eine abgeschwächte Wanderbewegung von den ausgesprochenen Landsiedlungen zu den Kleinstädten zu beobachten ist. Den stärksten Zustrom verzeichnen die an der Peripherie größerer Industriestädte gelegenen Gemeinden. Die deutsche Bevölkerung scheint sich in Richtung eines ausgewogenen "Mischverhältnisses" zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu entwickeln, ein Vorgang, der vom Standpunkt des Soziologen durchaus zu begrüßen ist.

Die zunehmende Verstädterung, das sind die Schlußfolgerungen der UN-Sozialabteilung, stärkt den Trend zur materiellen und seelischen Not der unsiedelnden Mittelschichten. Die Verstädterung bedeutet zwar nicht immer eine Gefährdung der Familie, wohl aber in der Regel der Abstieg von der Groß- zur Kleinfamilie, in der höchstens noch zwei Generationen zusammenleben. Dadurch fällt die Unterstützung der Alten und Arbeitsunfähigen, die früher am großen Familientisch ohne Schwierigkeiten mitverpflegt werden konnten, in immer größerem Umfang der öffentlichen Pfllegschaft anheim. Dies wiederum führt zu einer Ausweitung der Soziallasten und der Verwaltungstätigkeit, die die Produktivitätsgewinne des industriellen Fortschritts weitgehend neutralisiert. Gleichzeitig erhöht die Aufsplitterung der Großfamilie in selbständige Restfamilien den Index der Lebenshaltungskosten, wodurch erreichbare Mehrverdienste stets von entsprechenden Mehraufwendungen wieder überholt werden. Trotz äußerer Verbesserung der Wohn- und Umweltverhältnisse bleiben der durchschnittlichen Stadtbevölkerung die ständigen Sorgen ihrer Existenzhaltung.

Meidanow appelliert an die Menschlichkeit

EK. In der Siedlung Eschenstruth bei Kassel kämpft der Russe Michael Meidanow vergeblich darum, von der für ihn zuständigen Behörde seines derzeitigen Wohnortes einen Reisepass zu erhalten, um seine Angehörigen in Griechenland zu besuchen, die er nunmehr nach 42 Jahren endlich wiedergefunden hat.

Die deutschen Dienststellen können jedoch dem 61jährigen Ausländer keinen Reisepass ausstellen, denn trotz mehrfacher Bemühungen ist es Meidanow bisher nicht gelungen, den Status eines deutschen Staatsbürgers zu erhalten.

In die grosse Freude über die Nachricht seiner Nichte mischt sich die Bitternis, dass er seine Verwandten aus rein bürokratischen Gründen nicht besuchen darf. Meidanow gibt trotzdem nicht auf, denn er appelliert immer wieder an die Menschlichkeit der zuständigen Behörden.

42 Jahre ist es her, als Michael Meidanow sein Heimatdörfchen Meisingert, das seinerzeit an der russisch-türkischen Grenze lag, verlassen musste, um in der zaristischen Armee Soldat zu werden. In Russland war es damals nicht üblich, dass ein Soldat oft nach Hause schrieb und während des Krieges schon gar nicht. In seinem Heimatdörfchen erfuhr deshalb niemand, dass er als junger Artillerist gleich nach Kriegsbeginn bei Modlin in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet und über zahlreiche Kriegsgefangenenlager schliesslich in Kassel landete. In Deutschland erlebte er das Kriegsende. Und als in seiner Heimat die Revolution das grosse russische Reich erschütterte, verspürte Meidanow keine Lust zur Rückkehr. Er fand als Hilfsarbeiter zunächst in Kassel und im Jahre 1922 in einem Steinbruch bei Eschenstruth Arbeit und Brot. Während eines Spazierganges lernte er seine jetzige Frau kennen und inzwischen ist Michael Meidanow längst Opa geworden. Seine Nachbarn schätzen ihn als sehr fleissigen Arbeiter und guten Menschen. Seine Kinder und Enkel sind deutsche Staatsbürger.

Aber das Schicksal seiner Angehörigen liess den ehemaligen Kriegsgefangenen Russen keine Ruhe. Immer wieder schrieb er im Verlaufe der Jahre an die russischen, türkischen und griechischen Konsulate, aber erst jetzt traf völlig überraschend für die Eschenstruther ein Brief aus Griechenland ein, wo sich Alexandra Georgiadie als Tochter seiner Schwester meldete. Die Briefschreiberin bat: "Bitte, besuche uns so rasch wie möglich!" Aber da war zunächst das Geldproblem. Schliesslich setzte er sich über alle finanziellen Dinge hinweg und reichte seinen Antrag auf Erstellung eines Reisepasses bei der für seinen Wohnort zuständigen Behörde ein. Die Ablehnung erfolgte ohne Angabe eines Grundes und war für Meidanow vernichtend. Der noch rüstige 61jährige ist um Jahre gealtert. Seine Angehörigen aber hoffen für ihn, dass die Bürokratie für diesen besonderen Fall ausnahmsweise einmal menschliches Verständnis zeigt und danach handelt.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel